

# A6

**Antragssteller\*innen:** Lisa Zumbrock (KV Göttingen), Marianne Esders (KV Lüneburg), Lena Bödeker (KV Göttingen), Thomas Goes (KV Göttingen), Hauke Harden (KV Braunschweig), Nick Wilke-Mellenthin (KV Hannover), Michael Ohse (KV Goslar), Maren Kaminski (KV Hannover), Patrick Humke (KV Aurich), Benjamin Koch-Böhnke (KV Stade), Ian Nadge (AKL), Alexander Kaps (KV Schaumburg), Jan Willhaus (KV Hannover), Mareike Ehrnst (KV Osnabrück Land), Nathan Shawn Martin (KV Osnabrück Land), Anne Mieke Bremer (KV Nienburg), Thorben Peters (KV Lüneburg), Torben Franz (KV Nienburg), Linus Petersen (KV Harburg Land), Paul Wellsow (KV Lüneburg), Nicole Donath (KV Wolfsburg), Annalena Lemme (KV Verden)

Der Landesparteitag beschließt:

## **Kein Verbot ohne Bewegung – für einen breiten, sozialen Antifaschismus!**

In Ergänzung zur Resolution „Kein Platz für Faschisten – AfD-Verbot umsetzen!“ des Parteitages der niedersächsischen Linke vom Juni 2025 erarbeitet der Landesvorstand einen massenwirksamen Informationsflyer zu unserer Position zum AfD-Verbotsverfahren sowie zu unseren Konzepten für sozialen Antifaschismus, um diesen den Kreisverbänden zur Verfügung zu stellen. Ziel ist es, den Kreisverbänden konkrete Materialien und inhaltliche Impulse an die Hand zu geben, die vor Ort – etwa bei Infoständen, Diskussionsveranstaltungen oder Bündnistreffen – eingesetzt werden können.

Der Landesvorstand ermutigt die Kreisverbände aktiv zur Durchführung eigener Veranstaltungen zum Thema und berücksichtigt dabei insbesondere die unterschiedlichen Bedingungen in städtischen und ländlichen Räumen. Zu diesem Zweck wird ein regelmäßiger Austausch organisiert, in dem Erfahrungen, Strategien und Formate zwischen den Regionen geteilt werden können.

Darüber hinaus entwickeln der Landesvorstand und unsere niedersächsischen Bundestagsabgeordneten, gemeinsam mit der LAG Antifa ein öffentlichkeitswirksames Konzept, das den Anstoß für eine gemeinsame niedersächsische Initiative für ein AfD-Verbot gibt. Diese Initiative lädt weitere Parteien, Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche und politische Organisationen sowie migrantische Selbstorganisationen ein, ein breites gesellschaftliches Bündnis gegen den Faschismus aufzubauen. Zentraler Bestandteil ist ein öffentlichkeitswirksamer Brief an Landtagsabgeordnete mit einer Einladung zur gemeinsamen Beratung über nächste Schritte.

## **Begründung:**

Gerade unter dem Leitsatz unseres Landesparteitags „Keinen Schritt nach rechts“ ist es unsere Aufgabe als Linke, nicht nur für das AfD-Verbot zu werben – sondern aktiv daran mitzuwirken, dass breite, kämpferische und soziale Bündnisse gegen Rechts entstehen und wachsen.

Ein Verbot der AfD ist ein wichtiges Mittel, um ihr den organisatorischen und finanziellen Boden zu entziehen – es ersetzt jedoch keine politische

Auseinandersetzung mit dem gesellschaftlichen Rechtsruck. Ein AfD-Verbot ist notwendig, aber nicht hinreichend. Als Linke wissen wir: Faschismus lässt sich nicht verbieten, sondern muss auch politisch und sozial bekämpft werden.

Deshalb braucht es einen konsequenten, sozialen Antifaschismus; eine Politik, die konkrete Antworten auf soziale Spaltung, Existenzängste und demokratiefeindliche Stimmungen gibt – und damit den Nährboden für rechte Ideologien entzieht. Diesen Antifaschismus müssen wir stärker in der Öffentlichkeit sichtbar machen und als Partei gemeinsam mit Bündnispartner\*innen tragen.

Mit einer landesweiten, gut vorbereiteten Informations- und Mobilisierungskampagne stärken wir nicht nur die antifaschistische Arbeit in den Kreisverbänden, sondern können auch den nötigen gesellschaftlichen Druck aufbauen, der ein Verbotsverfahren politisch möglich und durchsetzbar macht. Gleichzeitig schaffen wir Räume für lokale und regionale Bündnisse, die über eine juristische Debatte hinaus auf breite gesellschaftliche Handlungsfähigkeit gegen Rechts abzielen.